

Input: 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung – Agenda 2030

Jahrestagung Faire Metropole Ruhr

06.07.2018 Wissenschaftspark Gelsenkirchen

Manfred Belle, Politikwissenschaftler, Eine Welt Promotor für die SDG beim Eine Welt Netz NRW

Im September des Jahres 2015 fassten die Vereinten Nationen den Beschluss für die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“.

Darin enthalten sind 17 Sustainable Development Goals (SDG).

Darin enthalten sind 169 Unterziele.

Dahinter verbirgt sich eine Fülle von Indikatoren, über die nach dem Beschluss noch weiter verhandelt werden musste.

Bei den Indikatoren geht es um die Maßstäbe, um Messinstrumente, um Statistik – um zu messen, ob es Fortschritte oder Rückschritte bei der globalen Nachhaltigkeit gibt. Die Indikatoren sind Details, aber sie sind enorm wichtig, denn: Indikatoren – das ist ein anderes Wort für „Butter bei die Fische“.

Die Welt-Entwicklungsziele für das Jahr 2030 waren das Resultat von 18 Monaten Verhandlungsprozess mit 70 Regierungsvertretern. Den Anstoß dazu gab im Jahr 2012 die UNO-Konferenz „Rio+20“, die erneut in Rio de Janeiro stattfand.

Wie kann man die Agenda 2030 auf den Punkt bringen?

Die Agenda und SDG spiegeln den politischen Kompromiss, der 2015 auf dem politischen Globus möglich war, um die Welt zu verbessern. Oder um die Welt zu retten.

Für einen Kompromiss dieser Art ist das Resultat ziemlich gut.

Die SDG verkörpern gegenwärtig die einzige auf weltweitem Konsens basierende multilaterale Agenda mit einem positiven gestalterischen Anspruch.

Das dies erreicht wurde – trotz globaler Machtverschiebungen, zunehmender Ungleichheit, Kriegen, Terror und Flucht, das ist schon ein Wert an sich.

Und es lohnt sich, davon im Rahmen der Eine Welt Arbeit zu erzählen: „Die Menschheit hat noch nicht den Verstand verloren.“

Positiv ist außerdem, dass die Entwicklungsziele – die SDG – die Ablösung waren für die Millenniums-Entwicklungsziele – die MDG. Denn hier kam Ökologie viel zu kurz.

Die SDG sind die aktuelle Ära der Entwicklungszusammenarbeit und der globalen Nachhaltigkeitspolitik.

Sie sind eine gute Übersicht dessen, was zur Lösung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Weltprobleme geschehen muss.

Was wurde durch die SDG als neue „Globale Beschlusslage“ besser?

- Die Armutsverringerung und soziale Ziele sind wieder gekoppelt an globalen - Umweltschutz.
- Es gibt ein „Zurück zur Nachhaltigkeit“ - das fehlte bei den MDG.
- Die Entwicklungsziele sollen für alle Länder verbindlich sein - nicht nur für arme Länder – auch das ist ein Fortschritt gegenüber den MDG.

„Entwicklungsland D“ – das ist seit 2015 beschlossene Sache.

Es gibt deutlich mehr Bezüge zur Inlandsarbeit, z.B. über das SDG 10 zur wachsenden Ungleichheit.

Die SDG sind ein Dokument der Einsicht,

dass ein Überschreiten der Grenzen des Erdsystems durch ressourcen- und emissionsintensives Wachstum die Existenzgrundlagen der Ärmsten und zukünftiger Generationen gefährdet.

Aber man muss auch sehen: Die SDG sind „nur“ ein Kompromiss.

Es gibt Widersprüche innerhalb und zwischen den Zielen.

Ein oft genanntes Beispiel ist SDG 8:

„Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle.“

Hier kommt die grundsätzliche Frage zu kurz, ob anhaltendes Wachstum nicht in vielen Sektoren an physische Grenzen stößt.

Wo ist der Hinweis auf die planetarischen Grenzen unserer Erde?

Nur sehr vage wird in der Agenda 2030 formuliert, dass Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden soll und dass man bei Verschwendung und Überfluss nicht mehr, sondern weniger konsumieren sollte.

Das Wachstumsmantra durchzieht die Agenda 2030.

Auch gute Beschlüsse der Vereinten Nationen bieten keine Garantie, gesellschaftlich umstrittene Ziele zu erreichen.

Seit vielen Jahren gibt es zum Beispiel das Ziel aus der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie „Arten erhalten – Lebensräume schützen“.

Warum wird es nicht erreicht? Weil es in Konflikt steht zu den Interessen der Agrar-Industrie und weil diese politisch mehr Gewicht haben. Noch.

Die SDG haben für uns eine hohe Bedeutung als globale politische Beschlusslage, die das Engagement für globale Verantwortung und Menschenrechte betrifft. Die SDG verweisen auf die Ziele für die Nachhaltigkeitspolitik im Bund, in NRW und in den Kommunen.

Aber es wäre ein großes Missverständnis zu glauben, globale Verantwortung und Menschenrechte seien damit „beschlossene Sache“ und damit so gut wie erledigt.

Warum die politische Auseinandersetzung schärfer werden wird:

Viele der globalen Trends, auf die wir seit Jahren hinweisen, haben seit 2015 den politischen Alltag erreicht – im Zuge der europäischen Flüchtlingskrise.

Dabei greift es zu kurz, wenn man Fluchtgründe nur oberflächlich als Naturkatastrophen oder Kriege sieht. Fluchtgründe haben etwas zu tun mit globalen Machtverhältnissen, mit ungerechten gesellschaftlichen Verhältnissen, z.B. dem ungleichen Zugang zu Wasser, Ackerland, Fischgründen und Produktionsmitteln.

Man muss die SDG nutzen, um auf die Hintergründe zu schauen, nicht nur die auf Vordergründe.

In Afrika fliehen Menschen z.B. vordergründig wegen Armut. Im Hintergrund wurden jedoch regionale Produzenten z.B. von Milch, Fleisch durch hochsubventionierte Hähnchenteile und Milchpulver aus Europas Fleischfabriken verdrängt. Die industrielle Landwirtschaft in Europa zerstört regionale Märkte und Wertschöpfungsketten in Afrika.

Europa versucht, seinen Wohlstand, der auch auf Kosten anderer entsteht, gegen die Ansprüche auf Teilhabe genau dieser Menschen zu verteidigen.

Das ist auch die Konsequenz eines „imperialen Lebensstils“, der darauf beruht, sich weltweit Natur und Arbeitskraft zunutze zu machen und **die sozialen und ökologischen Kosten anderen Menschen aufzuschieben.**

Dieses Aufschieben kennen wir als Themen unserer Bildungsarbeit zum Welthandel:

- bei Koltan aus dem Kongo oder Kohle aus Kolumbien,
- bei der Produktion von Antibiotika in Indien,
- beim Elektroschrott in Ghana,
in einstürzenden Textilfabriken,
- auf den Palmöl-Plantagen im Regenwald Malaysias,
- oder im Pestizid-Nebel der Gewächshäuser mit Rosen in Kenia.

Man kann nicht mehr behaupten, dass uns diese Hintergründe beim Konsum und im Alltag verborgen blieben.

Jahrzehntelange Information und Bildungsarbeit haben den Kenntnisstand dazu erheblich gesteigert – zumindest hier bei uns.

Aber man verdrängt das gerne.

Viele Probleme und Fluchtursachen spitzen sich auch deshalb so krisenhaft zu, weil der imperiale Lebensstil von vielen Menschen übernommen wird - z.B. entsteht in China, Brasilien und Indien massenhaft das, was wir bisher als „westlichen Lebensstil“ bezeichnet haben.

Doch dieser Lebensstil setzt voraus, dass man auf mehr Ressourcen und ökologische Belastungen zugreift, als einem nach Maßstäben globaler Gerechtigkeit zustünde.

Sich mehr zu nehmen – das setzt voraus, dass viele andere auf ihren Anteil verzichten.

Viele Geflüchtete suchen ein besseres Leben. Man kann auch sagen: Sie wollen ihren Anteil.

Auf dieses Phänomen reagieren viele mit Angst und äußerst aggressiv.

Man verteidigt seine Besitzstände und beharrt auf der globalen Exklusivität.

Das wird immer schwieriger werden und man wird dabei immer mehr Militär und Gewalt einsetzen müssen, unerträglich viel menschliches Leid schaffen und ökologische Zerstörung fortsetzen. Und es wird trotzdem nicht funktionieren.

Oder man trägt dazu bei, dass die Welt gerechter und friedlicher wird. Dazu muss man erkennen, dass der imperiale Lebensstil unhaltbar geworden ist. Man muss Beispiele eines Lebensstils praktizieren, der global funktioniert und der Schritt für Schritt die Fluchtursachen verringert.

Das war die eine Seite der Medaille. Jetzt zur anderen:

Erlöst die Konsumenten!

Michael Kopatz ist Projektleiter am Wuppertal Institut. In seinem Buch „Öko-Routine“ befasst er sich mit dem Problem, dass man nachhaltiges Verhalten nicht durch moralische Appelle erreicht. Man muss die Verhältnisse ändern. Das gilt auch und ganz besonders für den Fairen Handel:

Über 90 Prozent der Deutschen können sich vorstellen, mehr Geld für gutes Fleisch auszugeben, Produkte aus Fairem Handel zu kaufen, weniger Autos in den Städten zu haben und mehr für den Klimaschutz zu tun.

Aber viel weniger Menschen fangen bei sich selbst an.

Daran haben die Kampagnen und Bildungsinitiativen der letzten 30 Jahre nicht viel geändert!

Autos, Fernseher und Wohnungen werden größer, Textilien werden zu Wegwerf-Artikeln, Smartphones nur ein bis zwei Jahre lang genutzt...

Die Industrie gibt jährlich 30 Milliarden Euro für Werbung aus, den größten Teil davon für Konsumgüter, die im Widerspruch zu den SDG liegen.

Menschen sind sehr widersprüchlich! Man liebt seinen Hund und legt gleichzeitig billiges Fleisch gequälter Tiere auf einen Grill für 800 Euro...

Wie soll man dagegen mit Bildungsarbeit ankommen?

Das Konzept der Öko-Routine sagt: Man muss Strukturen ändern statt Menschen. Erlöst die Konsumenten von den permanenten Moralappellen!

Die machen nur schlechte Stimmung und bewirken kaum etwas.

Stattdessen sollte Eine Welt Arbeit stärker dazu beitragen, die allgemeinen Standards zu heben. Fairer Handel soll zur Normalität werden.

Steigende Standards sind kein Problem, wenn sie für alle gelten und von keinem unterboten werden dürfen. Der Chefeinkäufer von Aldi Süd erklärte kürzlich mit Blick auf Öko-Landbau, er würde höhere Standards begrüßen, und zwar am liebsten EU-weit.

Oxfam hat im Juni 2018 europaweit 16 Supermarktketten untersucht. Es ging um Transparenz, Arbeiter, Kleinbauern und Frauen. Die Sieger waren britische Supermärkte. Aldi, Edeka und Rewe stehen deutlich schlechter da. Warum?

Menschenrechte dürfen Unternehmen nicht mehr egal sein. Sie sind laut den Leitprinzipien der Vereinten Nationen zu menschenrechtlicher Sorgfalt verpflichtet. **Konkret legen das die nationalen Regierungen fest.**

Die Bundesregierung setzt im Nationalen Aktionsplan dazu vor allem auf Freiwilligkeit. Oxfam hat jetzt bewiesen, wie wenig das bringt.

Großbritannien ist strenger, hier gilt das Modern-Slavery-Act. Unternehmen müssen Auskunft geben, wie sie Risiken von Menschenhandel und Sklaverei minimieren. Das zeigt Wirkung! Lidl steht dort viel besser da als in Deutschland.

Also: Der Faire Handel muss sich wieder viel mehr politisch einmischen! Wenn es in Großbritannien geht, dann geht es auch bei uns!

Ich wünsche mir vom Fairen Handel:

Weniger moralische Appelle an die Verbraucher und mehr Druck auf die Politik!
Weniger Fenster dekorieren, mehr demonstrieren!

Es ist doch viel effektiver, die allgemeinen Produktionsstandards anzuheben als den Mitmenschen auf die Nerven zu gehen.

Wir müssen uns mehr auf das Politische konzentrieren und weniger auf fairen Lifestyle.

Wir müssen keine besseren Menschen sein, um bessere Politik zu fordern.

Wir müssen Menschen sein mit dem Mut zu Visionen!

Danke!

Die SDG in der Bildungspraxis. Das bedeutet für mich:

Es geht immer um unsere globale Verantwortung und um Menschenrechte.

Es geht darum, was man selbst beitragen kann und was man politisch durchsetzen kann.

Es geht um Selbstwirksamkeit: was bewirke ich allein, was bewirke ich gemeinsam mit anderen?

Die SDG sind nicht einfach „neuer Stoff“ für die Eine Welt Arbeit, nichts, was man noch obendrauf packen kann auf das, was man so alles wissen sollte.

In unserer Bildungspraxis sollten wir mit den SDG so umgehen,

- dass wir damit Ermutigung auslösen,
- dass wir die Wertschätzung für Engagement erhöhen,
- dass wir unserer politische Wirkung verstärken,
- dass wir neue Inspirationen wahrnehmen,
- und dass man durch Engagement Selbstwirksamkeit erfährt.

Man sollte von niemandem verlangen, dass er die SDG büffelt.

Aber man sollte verlangen, dass sich etwas tut!